



Aktuell

Präsidium zur Rechtsformänderung: „Nicht mehr und auch nicht weniger“

Der Personalrat hatte am 07.05.2019 wieder zur Personalversammlung eingeladen. Themen waren der jährliche Tätigkeitsbericht des Personalrats und die Rechtsformänderung.

Aus dem Tätigkeitsbericht berichtete der Personalrat von sechs Arbeitsfeldern:

- von ärztlichen Überstunden, deren Registrierung bzw. Abgeltung noch immer ungeklärt sind;
- von der nicht unterschriebenen Dienstvereinbarung Telearbeitsplatz/Homeoffice, die gerade mit dem geplanten Leerzug des K27 eine immense Unterstützung für das Projektteam wäre;
- von der abgeschlossenen Dienstvereinbarung Betriebliches Gesundheitsmanagement, bei der der Personalrat mit einer Zukunftssicherung für erkrankte Beschäftigte leider scheiterte;
- von dem Umgang mit dem Mutterschutzgesetz und den damit verbundenen Gefährdungsbeurteilungen;
- von dem Thema Leiharbeit, welches immer mehr Bedeutung auf dem Campus hat.
- Als Positivthema konnte der Personalrat aber auch von einem erfolgreichen Initiativantrag berichten. In der pädiatrischen onkologischen

Tagesklinik war es für die kleinen Patienten_innen und Beschäftigten im letzten Sommer unerträglich heiß und so wurde nun durch einen Initiativantrag des Personalrats eine Klimaanlage eingebaut. Ein Erfolg auf ganzer Ebene.

Im zweiten Teil der Personalversammlung berichtete die Vorsitzende des Personalrats, Jutta Ulrich vom aktuellen Stand zur angedachten Rechtsformänderung der MHH in eine KdöR (Körperschaft des öffentlichen Rechts). Sie stellte die Forderungen des Personalrats dem Konzeptpapier des Senats gegenüber, welches die

ser als Interessenbekundung im April verabschiedet hatte. Der Personalrat – im Senat mit beratender Stimme vertreten – und die Vertreter_innen der MTV-Gruppe (Beschäftigte aus Medizin, Technik und Verwaltung) hatten auf der Senatsdebatte die für die Belegschaft wichtigen Punkte in das Papier z.T. erfolgreich einbringen können.

Die Interessenbekundung des Senats liegt nun dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur vor. Dort wird entschieden, ob das Konzept in eine Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes münden soll. Bis-

lang liegt dazu noch kein Gesetzesentwurf vor.

Der Personalrat bemängelte, dass in der endgültigen Fassung, welche zum Wissenschaftsministerium ging, der Personalrat als beratende Stimme im geplanten Aufsichtsrat auf unerklärliche Weise gestrichen wurde*.

Danach bestätigte Frau Aulkemeyer die Aussagen der Personalratsvorsitzenden. Die präsentierten Folien von Frau Aulkemeyer hatten denselben Themenschwerpunkt wie die der Vorrednerin. Für die Beschäftigten gebe es nicht mehr und auch nicht weniger. Die Ängste und Bedenken einiger Beschäftigten konnten von Frau Aulkemeyer nicht ausgeräumt werden: „Es passiert nichts Negatives und niemand erfährt eine Verschlechterung“. Es wäre für die MHH gut, wenn man eigenständiger wäre und dadurch mehr Gestaltungsspielraum hätte. Die getroffenen Aussagen sind für die Beschäftigten unverbindlich und geben keine Sicherheit. Wichtig ist aber, dass noch nichts entschieden ist und wir uns am Anfang der Diskussion befinden.

* Der Senat hatte auf der Mai-Sitzung die beratende Stimme des Personalrats wieder hinzugefügt. Dies wurde dem Ministerium als Ergänzung mitgeteilt.



Kommt die Bau- und Betreibergesellschaft?

Wie geht es weiter?



Der stellvertretende Personalratsvorsitzende Frank Jaeschke erläutert die Position des Personalrats

Zu diesem Thema hatte der Personalrat am 14. Mai die Beschäftigten des GB III zu einer Teilpersonalversammlung eingeladen.

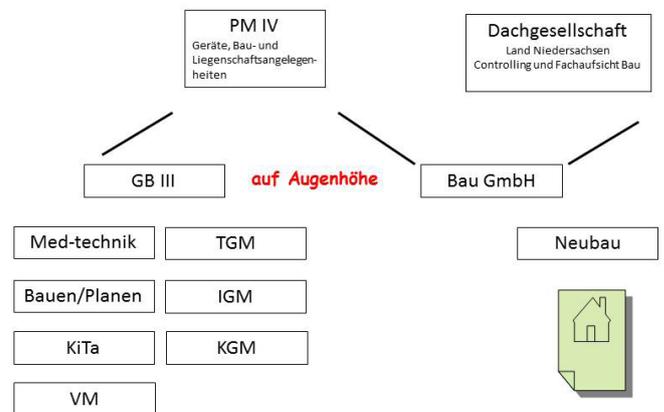
Sehr viele Kolleg_innen folgten dieser Einladung, denn das Interesse und die vorangegangene Unruhe im Bereich waren sehr groß. Die PR-Vorsitzende Jutta Ulrich stellte zu Beginn der Versammlung dar, wie dieses Thema in den letzten Monaten immer wieder und in unterschiedlichen Ausprä-

gungen vom Präsidium in die Diskussion gebracht wurde. Besonders die unklare Haltung von Frau Aulkemeyer zur Erweiterung der geplanten Baugesellschaft (Neubau der MHH) in eine Bau- und Betreibergesellschaft sorgte in den letzten Wochen für viel Interpretationsspielraum und nährte damit eine große Unsicherheit bei den Beschäftigten. Zu Recht befürchteten viele Kolleg_innen des GB III, dass damit ein Übergang ihres Bereiches in eine GmbH bevorsteht und

die Sicherheit ihrer MHH-Verträge gefährdet sei.

Der Personalrat stellte dann seine Vorstellung einer Organisationsstruktur vor, die klar aussagt, dass der gesamte GB III an der MHH bleiben soll, um ggf. unter einer neuen Präsidiumsstruktur auf Augenhöhe mit der Baugesellschaft fertig gestellte Bauabschnitte zu übernehmen und, wie bisher, im Bestand der alten Gebäude seine Aufgaben weiterzuführen.

Im Anschluss wurden viele Fragen an Frau Aulkemeyer gesammelt, die möglichst alle in der Informationsveranstaltung des PM III im Juni beantwortet werden sollten. Auch Kritik am vermeintlich zögerlichen Agieren des Personalrates wurde geäußert. Hier stellte der Personalrat noch einmal deutlich klar: Wir alle sind MHH – und wir stellen uns gegen jede Form einer Ausgründung von Teilen der MHH an eine GmbH!



Personalrat
14.05.2019

KURZ KOMMENTIERT



Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14.5.19 zur gesetzlichen Arbeitszeit-Aufzeichnungspflicht hat mich gefreut. Aktuell besteht in Deutschland und auch in der MHH bereits eine Aufzeichnungspflicht für

Überstunden/Mehrarbeit und als Landesbetrieb bildet das Arbeitszeitgesetz den Rahmen. In den Berichten zum neuen Gesetz hieß es zunächst, dass nun die gute alte Stechuhr eingeführt würde. Dem ist natürlich nicht so. Das Gesetz weist lediglich darauf hin, dass ein geeignetes System der Arbeitszeiterfassung eingerichtet werden sollte. Warum also meine Freude?

Nun, der Personalrat hat es immer wieder thematisiert, dass es Berufsgruppen gibt, die Ihre Arbeitsstunden hier im Haus eben nicht so aufzeichnen dürfen, wie sie tatsächlich geleistet werden. Mit einer Arbeitszeiterfassung in diesen Bereichen

hätte der Personalrat endlich ein System zur Hand, seiner besonderen Funktion auf dem Feld des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nachzukommen und geeignete Maßnahmen zur Einhaltung von Arbeitszeiten mit der Dienststelle und dem Präsidium zu erörtern. Vorstellbar sind neben der Stechuhr mit Sicherheit auch andere intelligente Systeme, die es im Zeitalter der Digitalisierung erlauben, Arbeitszeiten zu dokumentieren. Und zwar genauso, wie sie geleistet wurden. Der Streit im Nachhinein zwischen den Beschäftigten und den Vorgesetzten, welche Überstunden gerechtfertigt sind und welche nicht, lässt sich nur durch die Verbesserung der Strukturen verhindern.

Der Personalrat hatte in der Vergangenheit eine Zeiterfassung stets an das Gleitzeitmodell gekoppelt gesehen. Aus unserer Sicht ist das „Stempeln“ kein geeigneter Nachweis von tatsächlich geleisteter Arbeit. Dass die anfallende Arbeit erledigt wird, ist sicher anders feststellbar. Das ganze Thema muss also in der MHH neu besprochen werden. Sicher ist der Personalrat bereit, die unterschiedlichen Bedarfe der einzelnen Berufsgruppen und Abteilungen zu berücksichtigen. Wichtig ist, dass wir in dieser Diskussion endlich konkret werden!

Jutta Ulrich
Personalratsvorsitzende

Umsetzung Tarifabschluss 2019

Am ersten Märzwochenende 2019 kam es zur Einigung in der Tarifaufeinandersetzung zum TV-L. Trotzdem ist bis heute bezüglich der Umsetzung noch nichts passiert. Woran liegt das?

Bis Anfang April hatten die Gewerkschaften noch einen Zustimmungsvorbehalt; nach entsprechenden Mitgliederbefragungen erfolgte die finale Zustimmung. Da der Ablauf der diesjährigen Tarifverhandlungen ungewöhnlich schwierig war, wurden viele Detailfragen in die Redaktionsverhandlungen verlagert. Diese konnten erst nach Ostern aufgenommen werden und werden voraussichtlich noch bis in den Herbst andauern.

Vor diesem Hintergrund wird die MHH nun erst einmal im Juli rückwirkend zum 1.1.19 die linearen Gehalterhöhungen (4,5% für Stufe 1, 3,01% für alle anderen Stufen, mindestens jedoch 100 Euro) auszahlen. Weitere Ansprüche, die sich aus den Redaktionsverhandlungen ergeben (z.B. aus der Neugestaltung der Entgeltgruppe 9), werden wohl nicht vor Jahresende erfüllt. Hier hat sich der Personalrat dafür eingesetzt, mögliche Nachzahlungen nicht im November umzusetzen, da durch die Jahressonderzahlung die Nachvollziehbarkeit erschwert wird.

Wie wird die Reinigungsleistung kontrolliert?

Die Reinigung hier im Haus ist schon lange an die Service GmbH abgegeben. Die Reinigungsleistungen werden von MHH-Kolleg_innen des Geschäftsbereichs III kontrolliert und administriert. Dieser Bereich soll jetzt auf Antrag der Dienststelle in den Geschäftsbereich IV verlagert werden. Aus Sicht des Personalrates

eine schlechte Entscheidung, da der Geschäftsbereich IV von Herrn Kohlhasse geleitet wird, der gleichzeitig der Geschäftsführer der Service GmbH ist. Dadurch würde das vier-Augen-Prinzip wegfallen, das eine objektive Kontrolle der Reinigung gewährleistet. Der Personalrat hat den Antrag abgelehnt und lässt ihn jetzt rechtlich prüfen.

Essenpreiserhöhung vor der Entscheidung?

Wie bereits in der März-Ausgabe von „Personalrat aktuell“ berichtet, gab es weitere Gespräche zwischen Dienststelle und Personalrat zu diesem Thema. Die MHH-Leitung besteht weiterhin auf eine massive Erhöhung der seit 2012 unveränderten Preise; der Personalrat lehnt eine Verteuerung in dieser Größenordnung ab.

einigen konnten, geht der Fall jetzt an die Einigungsstelle im Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK). Diese besteht aus drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmervertreter_innen und einem unabhängigen Vorsitzenden. In einer Verhandlung am 11. Juni 2019 wird dort über die Zukunft der Essenpreise an der MHH entschieden.

Da sich beide Parteien intern in dieser Mitbestimmungsangelegenheit nicht

Personalrat unterstützt Gesundheits- und Krankenpflegerin

Die Mitarbeiter_innen der Station 14 und der Personalrat unterstützen aktuell die Gesundheits- und Krankenpflegerin Ferha Demir, eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland zu bekommen. Frau Demir lebt seit 32 Jahren in Deutschland und hat immer noch den Status der Duldung. Sie ist seit vier Jahren an der MHH, hat einen unbefristeten Arbeitsvertrag und arbeitet auf einer unserer Intensivstationen (Station 14). Aus humanitären Gründen und im Hinblick auf den Pflegenotstand in Deutschland ist es nicht nachvollziehbar, warum Frau Demir immer noch den Status der Duldung hat. MHH-weit läuft gerade eine Unterschriftenpetition für sie. Sollte bei Ihnen noch keine Petitionsliste ausliegen, Sie aber Frau Demir mit Ihrer Unterschrift unterstützen möchten, melden Sie sich bitte im Personalrat. Tel.2661 oder personalrat@mh-hannover.de. Wir werden Sie weiter über den Verlauf informieren.

Tätigkeitsbericht des 17. Personalrats

Der dritte Tätigkeitsbericht des 17. Personalrats ist auf den Sharepoint-Seiten des Personalrats oder als Printversion beim Personalrat (Haus E, 1. Etage) erhältlich.



Nach einem Arbeitsleben an der MHH in den Ruhestand ... doch eine Lücke bleibt!

Nach über 41 bewegten Jahren an der MHH ist jetzt unser Personalratskollege Rüdiger Mechsner in den Ruhestand gegangen. Trotz sorgfältig geplanter Übergabe von Aufgaben und Verantwortungsbereichen bleibt eine große Lücke.

Im April 1978 begann Rüdiger Mechsner seine Tätigkeit als technischer Angestellter im Institut für Rechtsmedizin; zuvor hatte er bereits seinen Zivildienst an der MHH abgeleistet.

Schon kurze Zeit später startete sein gewerkschaftliches Engagement hier im Betrieb. 1982 wurde er Ersatzmitglied und seit 1988 fortwährend als ordentliches Mitglied in den Personalrat gewählt.

Als im Frühjahr 1992 völlig unerwartet das freigestellte Personalratsmitglied Wolf-Christian Beck verstarb, hat Rüdiger Mechsner nicht gezögert, seine Hilfe und Unterstützung anzubieten. So arbeitete er die folgenden 27 Jahre als freigestelltes Personal-

ratsmitglied; bei den Wahlen immer wieder von den Beschäftigten und bei den Freistellungen immer wieder von seinen Personalratskolleginnen bestätigt.

Bei all seinen unterschiedlichen Arbeitsfeldern bleiben die deutlichsten Spuren im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz. Hier wurden durch sein Wirken an der MHH Pflöcke eingeschlagen, die weit über die MHH hinaus Beachtung fanden.

Im Auftreten war Rüdiger Mechsner eher ein „ruhiger Vertreter“, aber seine inhaltliche Expertise und sein hartnäckiges Verfolgen der Themen machten ihn zu einem wirkungsvollen Interessenvertreter. So hat er bis in seine letzten Arbeitswochen durch Initiativanträge noch Einfluss auf die Gestaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes genommen.

Sein detailliertes Wissen und sein unermüdliches Engagement werden dem Personalrat fehlen.

Wir wünschen ihm einen gesunden und ereignisreichen „Ruhestand“.



Die Sprechzeiten des Personalrats

Montag, Dienstag und Freitag:

09:00 - 11:30 Uhr

Montag - Mittwoch, Freitag:

13:00 - 16:00 Uhr



Termine außerhalb der o.g. Zeiten sind nach Vereinbarung möglich. Eine vorherige telefonische Terminabsprache ist in jedem Fall zweckmäßig. Telefon im Sekretariat: 532-2661. Sie finden uns im Haus E (Gebäude K 23) in der 1. Etage



Schulische Ausbildungen: Schüler_innen protestieren erfolgreich

Das Thema der Vergütungen der schulischen Ausbildungsberufe an der MHH (Diätassistent_innen, Logopäd_innen, MTLA, MTRA) zieht sich mittlerweile seit einem halben Jahr hin. Immer wieder gab es aus der Personalabteilung teils widersprüchliche Meldungen, immer wieder wurde die Verantwortung von der Personalabteilung an das Ministerium für Wissenschaft und Kultur, von da aus an das Finanzministerium und zurück weitergereicht.

Nach langen Monaten des Ausharrens hat es den Schüler_innen gereicht: Als es an der Zeit war, ihre rechtmäßigen Ansprüche geltend zu machen, taten sich ca. 45 Schüler_innen aus den Schulen für Logopädie, Diätassistenten und MTLA zusammen, um ihrem Unmut Luft zu verschaffen.

Am 10. Mai war es soweit: Mit ihren Formularen, Plakaten und einem „Geschenk“ zogen die Schüler_innen in das Präsidium der MHH, um sich ihre Geltendmachungen quittieren zu lassen. Das Präsidium

wurde mit den Säcken bedacht, in denen sich eigentlich schon längst das Geld der Auszubildenden hätte befinden sollen.

Die Aktion war ein voller Erfolg: Schon in der darauffolgenden Woche kam die Rückmeldung der Geschäftsbereichsleitung, dass nun endlich auch der Beschluss aus dem Ministerium eingetroffen sei und das Geld „schnellstmöglich“, sogar noch im Mai, gezahlt werde. „Die Aktion war auf jeden Fall angemessen. Die Auszahlung ist ein längst überfälliger Schritt!“, so Logopädiestudent Erik. „Die Anerkennung des Berufs fängt mit der Bezahlung der Ausbildung an. Der Mangel an Therapeut_innen ist spürbar, die Bezahlung ist eine gute Unterstützung für Leute, die diesen Beruf lernen möchten.“ Er berichtet über seine Erfahrungen auf einer Berufsmesse, dass sich Leute allein wegen der Bezahlung ihren Berufswunsch noch einmal überdenken würden.

Darüber müssen sie sich nun keine Sorgen mehr machen.